

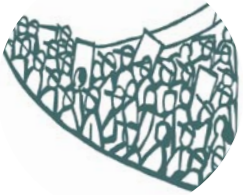
Seit Jahren läuft ein groß angelegter Angriff auf erkämpfte Rechte, Löhne und soziale Sicherung. Die mageren demokratischen Möglichkeiten werden weiter eingeschränkt. Staatliche Überwachung, Kontrolle und Repression werden gezielt vorangetrieben und Angriffs-kriege zählen heute zum normalen Mittel der Außenpolitik kapitalistischer Metropolenstaaten.

Wir haben die Wahl zwischen Resignation und Kampf gegen die Verhältnisse. Doch Resignation kann sich angesichts der dreisten Verbrechen der Herrschenden niemand mehr leisten.

Die Unzufriedenheit mit einem Wirtschaftssystem, das für die Mehrheit der Menschen Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet, das jährlich vielen Millionen den Tod bringt, wächst.

Eine grundlegend andere Welt jenseits des Kapitalismus ist nicht nur möglich, sie ist dringend nötig und muss erkämpft werden!

Genau für diesen Kampf steht unsere jährliche revolutionäre 1. Mai Demonstration.



Längere Arbeitszeiten und weniger Lohn - die Ausbeutung nimmt zu und die Gewinne steigen

Das Rentenalter wird auf 67 Jahre erhöht, die Arbeitszeit soll überall wieder mindestens 40 Stunden und die Probezeit nach Einstellung in Zukunft zwei Jahre betragen. Die sogenannten Arbeitgeberanteile zur Kranken- und Arbeitslosenversicherung werden gesenkt. Flächentarifverträge sind vielerorts heute schon das Papier nicht mehr wert auf dem sie stehen und die Bolkesteinrichtlinie der EU soll es Unternehmen ermöglichen, die hart erkämpften Tarifverträge zu unterlaufen. Geht es nach dem Willen der Kapitalverbände ist dies nicht genug, um bis zu 30 Prozent sollen Löhne und Gehälter nach ihren Vorstellungen systematisch gedrückt werden.

Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander.

„Die einzige soziale Verantwortung eines Unternehmens besteht darin, seinen Profit zu erhöhen“ schrieb der bürgerliche Ökonom, Nobelpreisträger und ehemalige Pinochet Berater Milton Friedman. Als der Daimler-Chrysler Vorstandsvorsitzende J. Schrempp Jahre später nach den Zielen seiner Politik gefragt wurde, antwortete er: „Profit, Profit, Profit“

Diese Zitate bringen den Zweck der gesamten kapitalistischen Wirtschaftsweise auf den Punkt. Und so erklärt sich auch, dass es für die im letzten Jahr an die Macht gekommene große Koalition aus CDU/ CSU und SPD nie zur Debatte stand, ob die BRD weiter am neoliberalen Kurs festhalten soll, um mitzuhelfen, die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen.

Aufgabe der bürgerlichen Politik ist es, möglichst optimale Bedingungen für die Konzerne und Banken zu schaffen. Und das geschieht in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung, der wachsenden weltweiten Konkurrenz des Kapitals nun einmal nur auf Kosten der von Lohnarbeit Abhängigen.

Das Ende der Bescheidenheit

Die Jahre des Verzichts auf Kämpfe und der Bescheidenheit in Tarifverhandlungen haben uns Lebensstandard und die Gewerkschaften Ansehen und Mitglieder gekostet. So lag der gewerkschaftliche Organisationsgrad 1983 noch bei 20 Prozent und ist inzwischen auf 12,5 Prozent gesunken.

Mittlerweile lässt sich jedoch die von den Medien in die Welt gesetzte Lüge, durch Verzicht könnten Arbeitsplätze und langfristiger Wohlstand erkauf werden, nicht mehr aufrecht erhalten. Lohnverzicht und Sozialdumping führen einzig zu höheren Profiten für Großaktionäre, Banken und Konzerne.

Streiks und soziale Kämpfe kehren auch in Deutschland zurück, tönt die bürgerliche Presse, und hier scheint sie mal recht zu behalten.

Die Streiks bei Opel Bochum, bei Gate Gourmet, bei Infinion in München und

auch der Streik im öffentlichen Dienst, wie die Großdemonstrationen in Berlin und Straßburg gegen die neuen europäischen Dienstleistungsrichtlinien sind ein Anfang.

Und auch hier, im AEG-Werk Nürnberg, lag die Produktion über Wochen still und keine StreikbrecherInnen betreten das Werksgelände.

Unterstützung erhielten die Streikenden durch Abordnungen aus zahlreichen Betrieben, durch eine Solidaritätsdemonstration von Angestellten des öffentlichen Dienstes und die Demonstration „Streik bei AEG – Gostenhof, ein Stadtteil und seine FreundInnen zeigen sich solidarisch.“ Über 85 im Stadtteil ansässige Läden, Vereine, Kneipen und Gruppierungen riefen zu dieser Demonstration auf und spendeten für die Streikkasse.

Mit der Boykottkampagne des Sozialforums Nürnberg „Jobkiller Electrolux – Ich kaufe nix!“ wurde darüber hinaus zusätzlicher Druck auf die Electroluxbosse ausgeübt. Presseberichten zu Folge war der Absatz von AEG/ Electroluxprodukten bereits im Februar deutschlandweit um 40 Prozent, in Nürnberg um 70 Prozent zurückgegangen.

Auch wenn all diese Kämpfe bis heute in der Abwehr von immer neuen Schweinereien verharren, weisen sie dennoch den Weg in die richtige Richtung.

Wir müssen uns wehren, aus der Isolation und Defensive herauskommen und den Kampf für unsere gemeinsamen Interessen kollektiv organisieren.

Die Kämpfe in den einzelnen Betrieben müssen vernetzt werden. Der Kampf gegen den Klassenkampf von oben muss aus den Betrieben heraus in die gesamte Gesellschaft ausgedehnt werden. Wir müssen in die Offensive gehen uns gemeinsam erkämpfen, was uns sowieso gehört.

Staatsziel Sozialraub - Umverteilung zugunsten der Profite einer Minderheit

„Bis 2005 ist eine Halbierung der Arbeitslosen auf zwei Millionen machbar“, tönte Peter Hartz einst. Nach über einem Jahr Hartz IV liegt die offizielle Arbeitslosenzahl bei über fünf Millionen. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen liegt bei 450 000. Das hindert die Koalitionsregierung jedoch nicht daran, stärkere Schikane und Verfolgung von Arbeitslosen anzuweisen. Das hindert SPD-Politiker und bürgerliche Medien auch nicht daran, Arbeitslose als „Abzocker“ und „Parasiten“ zu verunglimpfen oder ihnen nahezu legen, sich mehr anzustrengen.

Die Berechnungsgrundlage für das ALG II zeigt, wie zynisch das politische Personal der herrschenden Klasse ist. Mit 345 Euro zur freien Verfügung leben ALG II-EmpfängerInnen deutlich unter der Armutsgrenze. Kulturelle Teilnahme, Information und Kommunikation sowie Mobilität und selbst eine halbwegs vernünftige Gesundheitsversorgung bleiben heute vielen versagt.

Was haben die Hartz-Gesetze gebracht?

Genau das, was sie aus Sicht des Kapitals bringen sollten: Der Niedriglohnsektor wurde erfolgreich ausgeweitet. Mit den 1 Euro-Jobs, durch die vielerorts regulär zu bezahlende Arbeitsplätze eingespart werden, wurde der Zwangsarbeitsdienst für Erwerbslose eingeführt. Diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben, stehen unter enormen Druck und sind mit den verarmten Erwerbslosen, die auf einen Job hoffen, erpressbarer.

Um die Löhne immer weiter zu drücken, wird diese Konkurrenz immer weiter angeheizt. Folgerichtig wird der staatliche Druck auf die Erwerbslosen ständig weiter erhöht: Hausbesuche von SchnüfflerInnen, kein Recht auf eine eigene Wohnung für Erwerbslose unter 25 Jahren, die Forderung jederzeit telefonisch erreichbar zu sein etc. Selbstverständlich sind weitere Verschärfungen bereits in Planung.

In Verdrehung der Wirklichkeit werden diejenigen, die allen Wert schöpfen, nämlich die Arbeiterinnen und Arbeiter, als Kostenfaktor angesehen oder, wenn ihre Arbeitskraft gerade nicht gebraucht wird, als Überflüssige.

Privatisierung und zunehmende Kommerzialisierung auch im Gesundheitssektor.

Weiterhin setzt die staatliche Gesundheitspolitik auf den Abbau der garantierten umfassenden Gesundheitsversorgung, auf die Abkehr vom sogenannten Solidarprinzip. Die Stoßrichtung ist klar, Krankheit wird mehr und mehr zum privaten Problem gemacht. Gesundheitsvorsorge und Versorgung werden zu konsumierbaren Gütern, zu Privilegien, die die einen erwerben können und die anderen weniger oder gar nicht.

Während die medizinische Unterversorgung in den Metropolen wieder zunehmend zum Thema wird, ist sie in anderen Gegenden der Welt seit jeher offensichtlich. Die Marktlogik zeigt sich dort unerbittlich: Menschen, die nicht als ProduzentInnen oder KonsumentInnen am Markt teilnehmen können, sterben an heilbaren Krankheiten, weil ihre medizinische Versorgung den Patentrechten und Profitinteressen der Pharmaindustrie zuwider liefe.

Nicht Ausbildung, sondern Selektion nach den Interessen der Wirtschaft steht im Mittelpunkt der Bildungspolitik

Wer in den Genuss welchen Bildungsgrades kommt, wer welche Schule besuchen darf oder zu einer Hochschule zugelassen wird, hängt zunehmend von der sozialen Herkunft ab. Beispielsweise sind nur 17 Prozent aller Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen Kinder von ArbeiterInnen.

Derzeit geplante oder schon umgesetzte Einschnitte, wie Studiengebühren, Büchergeld und der Abbau der Lern-



mittelfreiheit, werden die soziale Selektion an Schulen noch verstärken.

Neben den Kürzungen von Schul- und Studienzeiten – die die Ausbildung im Sinne der Wirtschaft kostengünstiger und effizienter machen sollen – werden Bildungseinrichtungen zunehmend kommerzialisiert. Privatisierung und Kommerzialisierung treffen neben Hochschulen Einrichtungen der Erwachsenenbildung. So wurden in der Nürnberger Volkshochschule nicht alleine die DozentInnenhonorare gesenkt, sondern um der Wirtschaftlichkeit willen die Seminargebühren für HörerInnen, die dafür jetzt „Kunden“ heißen, immer wieder deftig angehoben. Das heutige Bildungssystem gehorcht notwendiger Weise den Erfordernissen und Maßgaben des Kapitalismus.

Am Ende jedes „erfüllten Berufslebens“ als Lohnsklave/-in kommt der so genannte Ruhestand -

Die Zeit, in der ein Teil der von der ArbeiterInnenklasse eingezahlten Sozialversicherungsbeiträge wieder ausgeschüttet wird, ohne dass die so Beglückten ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen müssen. Klar, dass dieser Lebensabschnitt nicht zu den Zielen der Profitwirtschaft passt. Besser, er dauert nicht zu lange, denn „Überflüssige“ sind im Kapitalismus natürlich auch die RentnerInnen. Die angekündigte Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 ist eine weitere, diesmal sehr drastische, Rentenkürzung. Sie bedeutet allerdings für die meisten noch nicht einmal Schuften bis ins Grab, sondern „Altersarmut“ ohne Job ab Mitte 50.

Für alle, die heute bereits von der seit drei Jahren nicht mehr erhöhten Rente leben müssen, geht es weiter wie gehabt. Im März 2006 kündigte Franz Müntefering (SPD) im Namen der Regierungskoalition drei weitere Nullrunden an.

Doch immer mehr erkennen, dass es mittlerweile auch in den Metropolenstaaten darum geht, das Recht auf soziale Absicherung und Bildung durchzusetzen

und die sogenannten Krisenbewältigungskonzepte der Berliner Koalitionen eben Konzepte der herrschenden Klasse sind, die ausschließlich deren Interesse dienen.

Die Solidarität von ArbeiterInnen, Erwerbslosen, SchülerInnen und RentnerInnen schlägt sich unter anderem nieder in der zunehmenden Vernetzung, in gemeinsamen Demonstrationen, anhaltenden Aktionen von Erwerbsloseninitiativen, Sozialforen und zahllosen kleinen Akten des Widerstands.

Mit der regionalen Demonstration gegen Sozialraub vom 29.Oktober 2005 in Nürnberg, an der sich über 1000 Menschen beteiligten, wurde vor Ort gezeigt, dass die Proteste fortgesetzt werden.

Die positiven Erfahrungen aus dem bisherigen Kampf gegen die Sozialraubagenda der Herrschenden machen es noch einmal deutlich: Widerstand kann nicht delegiert werden. Er wird nur dann wahrgenommen, wenn wir uns selbst in Bewegung setzen. Er kann nur Erfolg haben, wenn er von unten entwickelt, getragen und ausgeweitet wird.

Mit besonderer Härte trifft die hier heute herrschende Realität Frauen

Deutschland wird von einer Kanzlerin regiert und kaum eine öffentliche Einrichtung ist ohne Frauenbeauftragte. Frauen werden weltweit mit unmittelbarer und struktureller Gewalt unterdrückt und ausgebeutet. Auch in der BRD werden Frauen bedroht, geschlagen, missbraucht und vergewaltigt.

Laut den Zahlen des Statistischen Bundesamt verdienten Vollzeitbeschäftigte Frauen im Jahr 2005 in Deutschland durchschnittlich rund 20 Prozent weniger als Männer für gleiche Arbeit. Überdurchschnittlich viele Frauen sind in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Während mittlerweile die Mehrheit der AbiturientInnen Frauen sind, gibt es nur 11 Prozent Professorinnen an deutschen Hochschulen.

Was die patriarchale Gesellschaft den Frauen zuweist, ist die meist unbezahlte Reproduktionsarbeit. Mit knapp 31 Stunden pro Woche leisten sie durchschnittlich deutlich mehr unbezahlte Arbeit, vor allem Hausarbeit, als Männer. Dadurch sind Frauen einer höheren Doppelbelastung wegen der meist noch dazu kommenden Lohnarbeit ausgesetzt. Von Arbeitsmarktreformen wie beispielsweise Hartz IV sind Frauen und Alleinerziehende besonders stark betroffen. So lässt die Hartz-IV-Gesetzgebung deutliche Tendenzen eines patriarchalen Rollbacks erkennen, der Frauen wieder stärker in die Abhängigkeit des „Haushaltsvorstands“ zwingt.

Dennoch sind nicht nur Frauen vom Patriarchat betroffen. Frauen aber auch Männer, die den patriarchalen Normen nicht entsprechen, werden sanktioniert. Dies reicht von Spott bis zu physischer Gewalt. Lesben, Schwule und Transgender sind ständigen Anfeindungen ausgesetzt. Doch dies alles wird nicht widerstandslos hingenommen. Das wird nicht nur am 8.März, dem



Internationalen Frauenkampftag, sichtbar. Weltweit organisieren sich Frauen und kämpfen gegen ihre Unterdrückung: ob - Näherinnen in Asien, pro-choice Aktivistinnen in den USA oder Lidl-Arbeiterinnen in Europa.

Der Kampf gegen das Patriarchat muss auf allen Ebenen geführt werden. Dies bedeutet die Reflektion der eigenen ansozialisierten Verhaltensweisen und die Abschaffung von gesellschaftlicher, staatlicher und struktureller Unterdrückung und ökonomischer Ausbeutung sowie den Aufbau von Gegenstrukturen.

Mit der Verschlechterung der Lebensverhältnisse geht ein Anwachsen staatlicher Überwachung und Repression einher

Wir erleben seit längerem den Aufbau einer flächendeckenden Kontrolle der Bevölkerung. Die Zahl der abgehörten Telefone und Überwachungskameras steigt. Mautkontrollstellen sollen zur Erfassung von Daten eingesetzt werden, um Bewegungen von AutofahrerInnen zu kontrollieren. Und mit der beschlossenen Vorratsdatenspeicherung soll private Kommunikation (Telefon/Internet) endgültig lückenlos der Überwachung preisgegeben werden.

Doch Überwachung und Kontrolle ist nicht alles. Der Ausbau der Polizei zu einer Kraft für Aufstandsbekämpfung und politische Repression wird schon seit Jahrzehnten vorangetrieben und die WM 2006 gibt den Becksteins und Schäubles Gelegenheit, eines ihrer Steckenpferde ins Gespräch zu bringen: Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren.

Als bedrohlich wahrgenommen wird das bis heute von weiten Teilen der Öffentlichkeit nicht. Trifft doch die staatliche Kontrolle und Repression bis heute in der Regel vermeintlich nur Randgruppen oder Flüchtlinge und MigrantInnen, für die bürgerliche Menschenrechte eh an Grenzen, Türen der Ausländerämter und der Konsulate enden.

Doch alle, die sich mit den Verhältnissen nicht abfinden, protestieren demonstrieren, streiken, merken es bereits heute: Was hier an staatlichem Überwachungs-Repressionsapparat aufgebaut wird, dient weder allein der Abwehr von Terror, noch dem Kampf gegen organisierte Ausländerkriminalität.

Mit staatlicher Schnüffelei, Kontrolle, Einschüchterung und Repression sind alle konfrontiert, die sich für ihre Interessen einsetzen, sofern diese nicht mit den Interessen der herrschenden Klasse identisch sind.

Demgegenüber wird das Treiben faschistischer Organisationen von staatlicher Seite geduldet. Neonazi-Kameradschaften treten immer unbehelligter auf und die rechtsextreme NPD ist im sächsischen Landesparlament vertreten. Deshalb ist es nötiger denn je, den Faschisten und ihrer Propaganda entgegenzuwirken. Praktischer Antifaschismus ist gefragt!

Mit der zunehmenden globalen Konkurrenz wächst die Aggression kapitalistischer Staaten aber das Führen von Angriffskriegen bleibt verboten – außer, die Sache ist profitabel!

1995 erklärte Kanzler Kohls Berater Michael Stürmer: „Ja es wird der stählerne Faden militärischer Macht eingewebt werden müssen in die Diplomatie, der Wille, sie zu gebrauchen und die

ab 14.00 Uhr **INTERNATIONALISTISCHES STRASSENFEST** neben dem Nachbarschaftshaus Gostenhof mit einem **Liedermacher aus Gostenhof**, Ausstellung, Bücher- und Infotischen, Kaffee + Kuchen, Döner + Schorle, Bratwurst + Bier, Veganes/Vegetarisches + Mojito und **ROGUE STEADY ORCHESTRA** (Ska aus Göttingen) | **MC Mal Elove** (Irie Revoltas) + **Rebell Voice Sound** (Heidelberg) | **VOSS** (HC aus Dijon, F) | **republikka** (Funkcore aus Nbg.)

Fähigkeit zur Eskalation.“

Seitdem hat Deutschland die Militarisierung seiner Außenpolitik gezielt vorangetrieben. Die von Ex-Kanzler Schröder einst geforderte „Enttabuisierung des Militärischen“ hat stattgefunden.

Die Bundeswehr wurde bis heute endgültig von der offiziellen Doktrin der territorialen Verteidigung befreit und „verteidigt“ nun Interessen und Sicherheit des deutschen Kapitals in Afrika, Afghanistan und auf dem Balkan.

Eingebunden ist sie in eine europäische Strategie, die vorsieht der USA die Rolle als militärische und ökonomische Weltmacht Nummer Eins streitig zu machen.

Mit welcher Priorität daran gearbeitet wird verdeutlicht der Artikel I-41 der EU-Verfassung, in dem festgelegt wurde: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“

Auch wenn das imperialistische Großmachtstreben der EU bereits heute dem US-Imperialismus im Einzelfall in die Quere kommt, findet bei Interessensgleichheit weiterhin eine Zusammenarbeit statt.

Trotz der öffentlichen Weigerung, sich am Angriffskrieg gegen den Irak zu beteiligen, unterstützte die BRD das US-Militär im Verlauf des Krieges.

Die Verstrickung der Regierung aus SPD und Grünen in den Irakkrieg ging über die Bewilligung von Überflugrechten weit hinaus. Die Duldung von Verschleppungen und Folterflügen sowie die aktive Beratung der US-Militärs bei der Auswahl ihrer Mordanschlagsziele durch deutsche Agenten gehörten mit zum Programm.

Und während im Irak der Widerstand gegen die Besatzung ungebrochen weitergeht, werden von den USA und den europäischen Staaten bereits neue Kriegsdrohungen vor allem gegen Syrien und den Iran ausgesprochen. Dass der Iran bis jetzt nur die Rechte wahrnimmt, die er laut Atomwaffensperrvertrag hat, interessiert dabei genauso wenig wie seinerzeit der Umstand, dass die damalige irakische Regierung gestattete, dass ein Heer von Inspektoren das Land nach verbotenen Waffen durchforstete.

Wann finden Ausbeutung, soziale Verelendung, Unterdrückung und Kriege ein Ende? Wenn ihr uns fragt, besser heute als morgen!

Verschwinden wird der ganze Mist aber sicher nicht von heute auf morgen und erst recht nicht von alleine. Eine andere Welt ist möglich, wir bekommen sie jedoch nicht geschenkt, wir müssen sie uns schon gemeinsam erkämpfen.

Es ist ein Anfang, wenn wir unsere Interessen erkennen, beginnen uns der alltäglichen Anpassung zu verweigern und solidarisches Denken und Handeln als Selbstverständlichkeit verankern. Es geht weiter, wenn wir, da, wo wir sind, aufstehen und uns gemeinsam wehren. Es geht voran, wenn wir die Verschärfung der Ausbeutung der Mehrheit durch eine Minderheit nicht mehr widerspruchslos hinnehmen, uns der Verschlechterung unserer Lebensbedingungen aktiv entgegenstellen und uns von der herrschenden Klasse nicht länger für ihre Kriege missbrauchen lassen. Wir haben einen großen Schritt gemacht, wenn wir uns nicht länger gegen einander ausspielen lassen, Standortkonkurrenz, Rassismus, und Nationalismus eine endgültige Absage erteilen und über alle Grenzen hinweg die Solidarität und den Widerstand organisieren.

Erfolg von Dauer werden wir jedoch nur haben, wenn wir nicht dabei stehen bleiben, unsere Interessen zu verteidigen und die Auswüchse der kapitalistischen Ordnung zu bekämpfen. Wenn wir es ernst meinen, müssen wir nach vorne gehen, das Übel bei der Wurzel packen, die kapitalistische Wirtschaftsweise selbst in den Mittelpunkt der Kritik rücken. Der Kapitalismus ist ein ungerechtes Wirtschaftssystem, das Ausbeutung, Unterdrückung, Not, Elend, Hunger und Kriege hervorbringt. Deshalb weg damit!

Eine andere, bessere und gerechtere Welt kann es nur jenseits der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geben. Machen wir uns auf, organisieren wir uns gemeinsam und erkämpfen wir sie! Für diesen Kampf und die Zusammengehörigkeit der Kämpfenden steht der revolutionäre 1. Mai, an dem wir gemeinsam auf die Straße gehen, für eine Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Für eine Welt in der die Produktion den Menschen dient und der gesellschaftlich erwirtschaftete Reichtum allen gehört! Für die soziale Revolution!

V.i.S.d.P.: M Schmidt, Grünstr.2, Coburg

Veranstaltungen zum revolutionären 1.MAI

Di., 18.04., 19.30 Uhr, Metroproletan, Eberhardshofstr. 11, Nbg.-Gostenhof
Die Rückkehr des Streiks
Streiks bei gäte gourmet (Düsseldorf), AEG (Nbg) und Infrinon (München), Aktivistinnen berichten von ihren Erfahrungen, diskutieren über Betriebskämpfe, Möglichkeiten der Solidarität und Perspektiven der Gegenwart.

Fr., 21.04., 19.30 Uhr, Metroproletan, Eberhardshofstr. 11, Nbg.-Gostenhof
Schwarzbuch Hartz4
Mag Wompe (labournet.de) und die Aktionsgemeinschaft Nürnberg ArbeiterInnen ziehen eine Bilanz der Hartz-Gesetze. Ein Aktivist der Kampagne „Agentenschluss“ zeigt Möglichkeiten des kollektiven und individuellen Widerstands gegen die zunehmende „Verfolgungsbetreuung“..

Mi., 26.04., 19.30 Uhr, Metroproletan, Eberhardshofstr. 11, Nbg.-Gostenhof
Wilder Streik bei Opel Bochum
Zwei Arbeiter der Bochumer Opel-Betriebsgruppe „Gegenwehr ohne Grenzen“ erzählen wie es zum Wilden Streik Ende 2004 kam und was folgte.

So., 23.04., ab 15.00 Uhr, Desi, Brückenstr. 23, Nbg.
MAI Feierlichkeiten
Geboten werden neben Musik und Gedrillern zahlreiche Workshops, u.a. zu Geschichte und Perspektiven des 1. Mai. Außerdem Breakdance, Ausstellungen, Basketball

Fr., 28.04., 20.00 Uhr, Schwarze Katze, Mittlere Kanalstr. 19, Nbg.-Gostenhof
Aufstand in den Banlieus
Bernard Schmid (Paris) zu den Hintergründen der Krawalle in französischen Vorstädten und den Auswirkungen auf die Gesellschaft. Und mit Informationen zu den aktuellen Auseinandersetzungen um den CPE..



12.00 Uhr Bauerngasse/ Gostenhofer Hauptstr. [Nürnberg]

es rufen auf: AK gegen Bildungsklau, Antifaschistisches Aktionsbündnis Nbg., Antifaschistische Linke Fürth, Autonome Jugend Antifa (AJA), DKP Kreis Nbg., GEW-Hochschulgruppe Erl./Nbg., Halk Kältür Evi e.V. Nbg., Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen, Libertad! Nbg., Linkes Buch, Netzwerk Betriebsarbeit, Partido Rifondazione Comunista, Pension Ost, Radikale Linke, [solid] die sozialistische Jugend Nbg., Trotz Alledem Nbg., Ultras Gostenhof, USK - critical culture Hip Hop, VAPCA.org, die Durchführung unterstützen: SDAJ Fürth, Altdorf gegen Rechts, Schülerbündnis Nbg.

eine Initiative der **ORGANISIERTE AUTONOMIE** mehr Informationen unter: www.redside.tk

